

## **Presseerklärung des Bündnis für eine soziale Stadt**

### **Hessenbündnis für eine Soziale Stadt tagt in Darmstadt**

**Hessischer Städtetagspräsident Gerhard Möller (CDU) und Oberbürgermeister Jochen Partsch (Bündnis 90/Die Grünen) sind sich einig: „Die Gemeinschaftsinitiative zur Verbesserung der benachteiligten Stadtteile in Hessen muss weitergeführt werden.“**

Am Samstag, den 29. Oktober 2011, diskutierten und argumentierten unter Moderation von Sabine Süß, geschäftsführender Vorstand der Schader-Stiftung, rund 120 Vertreterinnen und Vertreter hessischer Kommunen, darunter zahlreiche Bürgermeister, Stadträte und Stadtverordnete aller Parteien, der Liga der Freien Wohlfahrtsverbände, der Wohnungswirtschaft und von Sozial- und Jugendvereinen, gegen die geplante Mittelkürzung des Bundes beim Bund-Länder-Programm Soziale Stadt. Als Ort der Veranstaltung wurde der CreaTivHof Grenzallee in Darmstadt, der Soziale Stadt Standort Eberstadt-Süd, ausgewählt.

„Die Mittel für die Soziale Stadt müssen nicht gekürzt, sondern vielmehr aufgestockt werden“, machte Oberbürgermeister Jochen Partsch in seiner Begrüßungsrede deutlich. „Kern der Aktivitäten in den Soziale Stadt Projekten sind neben den baulichen Maßnahmen die Initiierung von Demokratisierungsprozessen durch Bürgerbeteiligung und damit die unmittelbare Einbindung der Bewohnerinnen und Bewohner eines benachteiligten Quartiers bei Entscheidungen und Maßnahmen.“ Dies sei, so Partsch, seiner Auffassung nach der entscheidende Ansatz bei der Arbeit gegen Armut und soziale Ausgrenzung. „Was in den benachteiligten Stadtteilen geleistet wird, wirkt in die gesamte Stadt und nützt von daher allen“, ergänzt der Grüne Oberbürgermeister. „Das gezielte und gewollte ressortübergreifende Handeln – getragen von der politischen Spitze – ist der Schlüssel zum Erfolg und damit zu sozialer Integration.“

Der Präsident des Hessischen Städtetages, Gerhard Möller, stellte ebenfalls klar, dass eine Trennung von baulichen und sozialen Maßnahmen für aktuelle und auch künftige Maßnahmen hinsichtlich ihrer guten Wirkung kontraproduktiv wäre. Er appellierte in seiner Rede für die Fortführung des Programms, um die Anstrengungen der Kommunen sowohl im integrativen als auch im baulichen Bereich finanziell zu unterstützen und damit kommunale Selbstverwaltung abzusichern. Er sei selbst als Sozialdezernent verantwortlich gewesen und wisse von daher, dass sich wirkungsvolle präventive Maßnahmen, wie die Soziale Stadt-Projekte, um ein Vielfaches für die Gesellschaft insgesamt auszahlen. Deshalb, so Möller, müssten die Projekte nachhaltig abgesichert werden.

Praktische Beispiele aus 16 Soziale Stadt-Standorten untermauerten mit 20 Plakaten diese Aussagen konkret. Beim „Hessenrundgang“ wurde durch die Bündnispartner die Wirkung von integrierter Stadtteilentwicklung vorgestellt und im Gespräch mit Landes- und Bundespolitikern der verbleibende Handlungsbedarf erläutert.

Dabei wurde an allen Beispielen deutlich, dass die Maßnahmen dringend fortgesetzt, erweitert oder nachhaltig abgesichert werden müssen.

Prof. Dr. Simon Güntner, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, stellte in seinem Vortrag die Frage: „Die soziale Stadt retten – aber wie?“ Dabei regte er zum Nachdenken über die Weiterentwicklung der Strategien zur Stabilisierung benachteiligter Stadtteile an. „Wir brauchen eine Vision, wohin wir wollen. Ziel des Quartiersmanagements ist nicht seine Erhaltung, sondern die Schaffung einer sozialen Perspektive für die Bürger“, so Güntner.

In der abschließenden Diskussionsrunde waren sich alle Landtagsabgeordneten, Irmgard Klaff-Isselmann (CDU), Michael Siebel (SPD), Marcus Bocklet (Bündnis 90/Die Grünen), Willi van Ooyen (Die Linken) und Wilhelm Reuscher (FDP) sowie die Darmstädter Sozialdezernentin Barbara Akdeniz einig: das Programm Soziale Stadt muss erhalten bleiben.

Auf konkretes Handeln hinterfragt, unterbreitete Bocklet den Vorschlag, einen gemeinsamen Antrag im Landtag zum Erhalt des Programms zu stellen und damit einen parteiübergreifenden Beschluss nach Berlin zu senden. „Wir brauchen ganz konkrete Unterstützung“, begrüßte Stadträtin Akdeniz diesen Vorstoß. „Es ist den Kommunen nicht möglich, die zunehmende sozialpolitische Verantwortung aufgrund gekürzter Mittel von Land und Bund alleine zu schultern.“ Die Sozialdezernentin erweiterte den Antragsvorschlag mit der Ergänzung um konkrete Strategieabstimmung zwischen Land und Kommune, beispielsweise in der Bildungs-, Ausbildungs- oder auch Beschäftigungspolitik. „Dort, wo soziale Ausgrenzung und Armut am offensichtlichsten sind, brauchen wir wirkungsvolle Maßnahmen. Um diese zu garantieren, muss eine enge Abstimmung zwischen Land und Kommune stattfinden, wie beispielsweise bei der Installierung von Ganztagschulen oder auch der Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung.“

Herbert Hunkel, Bürgermeister der Stadt Neu-Isenburg, ergänzte die Diskussion mit dem Vorschlag, im Hessischen Landtag eine Anhörung der Kommunen zu organisieren, um das Wissen und die Erfahrungen aus der kommunalen Ebene in landes- und bundespolitische Entscheidungen einfließen zu lassen.

Eine Abschlussrunde machte deutlich. Hessen braucht die Soziale Stadt zur nachhaltigen, zukunftsweisenden und wirkungsvollen integrierten Stadtteilentwicklung.

„Wir bleiben dran und werden weiterhin für den Erhalt des Soziale-Stadt-Programms eintreten“, resümierte Christoph Kummer von der LAG Soziale Brennpunkte die Tagung. „Es gibt zahlreiche weitere Standorte, die aufgrund vorhandener Strukturdaten der Sozialberichterstattungen in Hessen in das Programm aufgenommen werden müssen.“